

quenzen aus den Pisa-Studien gezogen und investiert damit in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Hochschulsektor, meine Damen und Herren, werden die Zuschüsse zum laufenden Betrieb mit einem Gesamtvolumen von rund 2,8 Milliarden € im Rahmen des Zukunftspaktes fortgeschrieben. Den Hochschulen des Landes wird damit eine verlässliche finanzielle Basis garantiert.

Zur Förderung der Rückkehr von jungen Spitzenwissenschaftlern aus dem Ausland stellt das Land ab 2007 zunächst 1,25 Millionen € zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen einen Haushalt für 2007 vor, der zudem wirtschaftspolitisch effektiv ist. Existenzgründer sowie kleine und mittlere Betriebe stehen im Zentrum unserer Aktivitäten. Die Meistergründungsprämie wird auf der Höhe von 2006 mit 6,1 Millionen € fortgeführt. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die NRW-Bank tatkräftig bei der Entwicklung neuer, kapitalmarktgestützter Finanzierungshilfen für den Mittelstand. Für Garantien, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen im Interesse mittelständischer Unternehmen steht im Haushalt 2007 ein Deckungsrahmen von 200 Millionen € zur Verfügung. Zudem wird das Finanzministerium ermächtigt, Haftungsfreistellungen bis zu einer Gesamthöhe von 200 Millionen € zu übernehmen. Damit soll insbesondere die Kreditvergabe an Existenzgründer belebt werden.

Im Bereich der sozialen Infrastruktur möchte ich einige Punkte im Kontext der Krankenhausfinanzierung ansprechen. Das Gesundheitswesen insgesamt und die Krankenhauslandschaft im Besonderen stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Auf diese müssen wir uns rechtzeitig einstellen.

Wir haben deshalb die Einzel- und Pauschalförderung von Krankenhäusern von Konsolidierungsmaßnahmen ausgenommen. Zusätzlich hat die Landesregierung das Sofortprogramm „Krankenhausportal NRW“ aufgelegt. In diesem Programm stehen 40 Millionen € zur Verfügung. Damit stärkt das Land die Wirtschaftlichkeit und die Zukunftsfähigkeit der Krankenhauslandschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen auch in Zukunft investieren können. Dafür brauchen wir gesunde Finanzen, und dies nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für alle Länder; schließlich sind wir über den Länderfinanzausgleich eng miteinander verbunden. Gesunde Finanzen sind der entscheidende Beitrag zu Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit unseres

Landes und aller Länder. Darum brauchen wir gemeinsame Schritte aller Bundesländer, um solide Landeshaushalte zu sichern.

Fast alle Bundesländer machen derzeit ihre Erfahrungen mit Haushaltsproblemen, bis hin zur Haushaltsnotlage. Ich bin der Ansicht, dass wir daraus insgesamt Schlüsse ziehen müssen. Ich nehme für uns in Anspruch, dass wir diese Schlüsse gezogen haben. Deshalb kann ich darüber auch freier reden als die Mitglieder der vorangegangenen Regierung.

Wir brauchen ein Frühwarnsystem zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen, damit die Finanzprobleme einzelner Länder nicht zum Problem aller Länder werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen vor allem Kriterien erarbeiten. Wir müssen definieren, welche Verschuldungen in Zukunft noch zulässig sind. Außerdem brauchen wir ein Instrumentarium zur strikten Durchsetzung dieser Kriterien. Es geht um Anreize für sparsames Wirtschaften, aber auch um Sanktionen bei Verstößen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir unternehmen heute und in dieser Legislaturperiode das Notwendige, weil unser Land neue Chancen verdient hat. Es ist ein schwieriger Weg, es ist aber ein richtiger Weg. Die Landesregierung hat mit dem Haushaltsentwurf 2007 an ihrem Kurs festgehalten. Sie wird sich von ihm auch in den nächsten Jahren nicht abbringen lassen. Wir konsolidieren, wir modernisieren und wir investieren. Damit kommt Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Ich danke Herrn Finanzminister für die Einbringung der Gesetzentwürfe zum Haushalt. – Zur **Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes** erteile ich Herrn Innenminister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Gesetzentwurf schaffen wir die notwendigen Rechtsgrundlagen für die Finanzmittel, die für die Städte, Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände im Jahr 2007 bereitgestellt werden sollen.

Die Landesregierung lässt sich bei der Erfüllung des Verfassungsgebotes, im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten, weiterhin von dem Grundgedanken leiten, dass

die Bemessung der Finanzzuweisung an die Kommunen eine gleichmäßige Finanzentwicklung beider Haushaltsebenen, also des Landes und seiner Kommunen, ermöglichen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Jahr 2007 wird trotz der sich zurzeit erfreulich entwickelnden Konjunktur und Steuereinnahmen weiterhin unter finanzwirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen stehen. Das gilt sowohl für den Landeshaushalt als auch für die kommunalen Haushalte. Herr Kollege Dr. Linssen hat detailliert dargestellt, mit welchen Belastungen der Landeshaushalt in diesem Jahr, aber auch in den kommenden Jahren fertig werden muss. Vergleichbaren Belastungen sind die Haushalte vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen ausgesetzt, und zwar ungeachtet der Meldungen über sprudelnde Steuereinnahmen.

In der Tat ist auf der Einnahmeseite eine gewisse Entlastung eingetreten. Ich gehe davon aus, dass der massive Einbruch der Steuereinnahmen in den Jahren 2001 bis 2004 überwunden ist. Die Strukturprobleme bei der Finanzierung der Kommunen sind damit aber keineswegs behoben. Viele Kommunen in NRW sind trotz der verbesserten Einnahmeentwicklung nicht in der Lage, die laufenden Konsumausgaben zu decken.

(Martin Börschel [SPD]: Das Land kürzt ja auch ständig!)

Die Fehlbeträge aus den vergangenen Jahren belaufen sich inzwischen auf rund 12 Milliarden € und steigen weiter an. Sie bilden eine schwere Hypothek für die Zukunft.

Ein Spiegelbild der hohen Fehlbeträge stellen die Kassenkredite dar, die immer neue Höchststände erreichen. Ihr Volumen betrug am 31. März dieses Jahres rund 11,7 Milliarden €; es hat sich innerhalb von fünf Jahren mehr als vervierfacht.

Aktuell sind 197 Gemeinden verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept, kurz: HSK, aufzustellen. 117 davon gelingt es nicht, ein genehmigtes HSK aufzustellen. Sie leben im sogenannten Nothaushaltsrecht.

Ich will es mit Blick auf den Ihnen vorliegenden Kommunalfinanzbericht bei diesen Daten zur Beschreibung der kommunalen Finanzlage belassen. Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Lage der Kommunalfinanzen nach wie vor sehr angespannt ist.

Die Landesregierung hat im Bewusstsein über diese angespannte Finanzlage der Kommunen und des Landes den Abwägungsprozess nach

Art. 79 der Landesverfassung sorgfältig durchgeführt.

(Ralf Jäger [SPD]: Ja, klar!)

Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass sie unter den gegebenen Rahmenbedingungen einen fairen und guten Finanzausgleich für das Jahr 2007 vorlegt.

(Ralf Jäger [SPD]: Sehr fair! – Weiterer Zuruf von der SPD: Glauben Sie das eigentlich selbst?)

Der Gesetzentwurf entspricht, mit einer Ausnahme, in seiner Struktur dem GFG 2006. Aber schon in diesem Jahr profitieren die Kommunen von der Umstellung des Referenzzeitraumes. Nunmehr dient ein zurückliegender Zeitraum als Referenzperiode. Wir sind bei der Ermittlung des Steuerverbundes nicht mehr auf Steuerschätzungen angewiesen. Vielmehr werden die Kommunen nach Verabschiedung dieses Gesetzes auf Euro und Cent genau wissen, welche Mittel ihnen im Jahr 2007 zur Verfügung stehen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Damit ist Schluss mit den Unsicherheiten der Vergangenheit, Schluss mit Abrechnungen und Schluss mit Kreditierungen, wie Sie das in der Vergangenheit getan haben, als ein hoch verschuldeter Schuldner Bankier gespielt hat. Das werden wir in Zukunft nicht mehr machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das bedeutet für das Jahr 2007, dass der Verbundbetrag für das Haushaltsjahr 2007 nach dem Istaufkommen der relevanten Verbundsteuern im Zeitraum vom 1. Oktober 2005 bis 30. September 2006 ermittelt wird. Die Verbundgrundlagen bis 31. März 2006 standen schon fest. Bei den Verbundgrundlagen für den Zeitraum April bis September 2006 handelt es sich um vorläufige Werte auf Basis der Steuerschätzungen vom Mai 2006. Sobald die endgültigen Daten vorliegen, werden sie durch eine Ergänzungsvorlage in den Gesetzentwurf eingearbeitet.

Im Steuerverbund 2007 steht nach den Ihnen vorliegenden vorläufigen Daten für die vorgenannte Referenzperiode eine originäre Verbundmasse in Höhe von 6,6 Milliarden € zur Verfügung. Im Vergleich mit dem Steuerverbund 2006 sind das zunächst 51 Millionen € weniger.

Da im Steuerverbund 2007 jedoch keine Kreditierungen aus früheren Steuerverbünden mehr zu verrechnen sind und gleichzeitig ein positiver Abrechnungsbetrag aus dem Steuerverbund 2007 in

Höhe von 10,5 Millionen € hinzuzurechnen ist, ergibt sich insgesamt eine bereinigte Verbundmasse von 6,4 Milliarden €. Das sind 10,6 % oder rund 620 Millionen € mehr als im Jahr 2006.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sagen Sie auch einmal etwas zu den Belastungen!)

Auf der Grundlage dieser Daten erhalten die Kommunen nun umgehend die erste Proberechnung des GFG 2007, die ihnen die erforderlichen Daten für eine detaillierte Planung ihrer Haushalte 2007 liefert.

Sobald die endgültigen Daten über die exakte tatsächliche Höhe der Verbundsteuern im Referenzzeitraum vorliegen, werde ich den Kommunen eine zweite Proberechnung zur Verfügung stellen, die dann vorbehaltlich der Entscheidung des Parlaments die endgültigen Zahlen enthalten wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Finanzminister hat es ja schon gesagt. Nun kennen wir ja inzwischen die tatsächliche Entwicklung des relevanten Steueraufkommens von April bis Juli.

Wenn sich die Isteinnahmen der Verbundsteuern auch im August und September weiter so positiv entwickeln, wie das in den zurückliegenden Monaten der Fall war, können wir im Steuerverbund 2007 mit weiteren Mehreinnahmen von über 200 Millionen € rechnen. Das bedeutet, den Kommunen werden im Steuerverbund 2007 über 820 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Ich glaube, das ist eine sehr gute Nachricht.

Nach dem alten System hätten die Kommunen dieses Mehraufkommen erst in zwei Jahren im Rahmen der Abrechnung erhalten. Nach dem neuen System fließen diese Mittel sofort in den Steuerverbund 2007. Eine Abrechnung ist gar nicht mehr erforderlich. Das ist ein wichtiger Gewinn an Planungssicherheit und Zuverlässigkeit für die kommunale Familie, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sehen die Kommunalpolitiker aber anders!)

Es ist auch 2007 möglich, die Kommunen mit 23 % am Landesanteil der Gemeinschaftssteuern, also der verfassungsrechtlich obligatorisch in den Steuerverbund einzubeziehenden Steuern, zu beteiligen.

Angesichts der dramatischen Haushaltslage des Landes war es für die Landesregierung im Rahmen der Abwägung nach Art. 79 der Landesverfassung allerdings unvermeidbar, dass die Kommunen auch einen Beitrag zur Konsolidierung des

Landeshaushalts leisten. Aus diesem Grund wird die bisher fakultative, also freiwillige Beteiligung der Kommunen an den vier Siebteln des Aufkommens der Grunderwerbsteuer mit dem vorliegenden Gesetzentwurf aufgegeben.

Die Gründe und Fakten hat Herr Kollege Dr. Linssen in seiner Einbringungsrede zum Haushalt 2007 heute dargelegt. Wir sind der Auffassung, dass dieser kommunale Solidarbeitrag in Höhe von 161,8 Millionen € in Anbetracht der finanziellen Rahmenbedingungen vertretbar ist, nicht zuletzt mit Blick auf das Plus bei der Verbundmasse von 820 Millionen €.

Meine Damen und Herren, der verteilbare Verbundbetrag wird wie bisher auf Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen, Sonderpauschalen und Bedarfszuweisungen aufgeteilt. Nach den vorläufigen Daten dürfen die Kommunen 2007 mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von 5,5 Milliarden € rechnen. Das heißt, der Anteil der freien Verfügbarkeit und damit sozusagen auch ein Beitrag zur kommunalen Selbstverwaltung liegt bei rund 85,4 %. Das kann sich wahrlich sehen lassen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist aber ein sehr maßvoller Applaus!)

Meine Damen und Herren, für die konjunkturell bedeutsamen Investitionspauschalen stehen im Steuerverbund 2007 insgesamt rund 408 Millionen € und damit 86,8 Millionen € beziehungsweise 27 % mehr als 2006 zur Verfügung.

Die Sonderpauschalen bleiben unverändert: die Schulpauschale, dotiert mit 460 Millionen €, und die Sportpauschale beträgt weiterhin 50 Millionen €. Damit löst die Landesregierung die Zusage ein, dass diese beiden Sonderpauschalen bis zum Ende der Legislaturperiode gleichbleibend gehalten werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Sie auch schon einmal anders gesehen!)

Für die Bedarfszuweisungen sind im Steuerverbund 2007 insgesamt 21,4 Millionen € vorgesehen. Das sind gut 2 Millionen € mehr als im Steuerverbund 2006.

Meine Damen und Herren, insgesamt bleibt es bei dem klaren Kurs, den die Landesregierung bereits mit dem GFG 2006 eingeschlagen hat:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei den Belastungen!)

Vorrang für Schlüsselzuweisungen, Steigerung der Investitionspauschalen, Konstanz und Ver-

lässlichkeit bei den Sonderpauschalen für Schule und Sport.

Wie angekündigt legt die Landesregierung in diesem Jahr kein Solidarbeitragsgesetz 2007 vor. Im GFG 2007 finden Sie daher letztmalig eine Übergangsregelung zur Abwicklung der Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten im Haushaltsjahr 2005. Die endgültigen Ausgleichsbeträge nach dem Solidarbeitragsgesetz für 2005 werden nach den Istergebnissen festgesetzt und verrechnet.

Ich spreche diesen Punkt deswegen an, weil inzwischen 20 Gemeinden vor dem Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen eine Verfassungsbeschwerde gegen die entsprechenden Regelungen im GFG 2006 erhoben haben. Die Landesregierung geht davon aus, dass es sich bei der jetzigen Regelung, wie sie auch in anderen Bundesländern üblich ist, um eine verfassungskonforme Ausgestaltung handelt. Ungeachtet dessen werden wir das Gesamtpaket „kommunaler Finanzausgleich“ einer gutachterlichen Prüfung unterziehen.

Abschließend stelle ich fest, dass die Landesregierung mit dem Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 ihrer Verantwortung gegenüber der kommunalen Familie gerecht geworden ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist nur Ihre Definition!)

Sie hat im Bewusstsein der angespannten Finanzlage der Kommunen und unter Berücksichtigung der extremen Haushaltslage des Landes mit diesem Gesetzentwurf für das GFG 2007 einen fairen und gerechten Interessenausgleich vorgenommen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Definieren Sie einmal gerecht! – Ralf Jäger [SPD]: Schweine können fliegen?)

Letztendlich müssen alle erkennen, dass es zu dem Konsolidierungskurs bei den Landesfinanzen keine echte Alternative gibt. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP – Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Wolf. – Meine Damen und Herren, Sie haben die Einbringungsreden gehört.

(Fortgesetzter Beifall von der FDP)

– So, jetzt beruhigen sich die Kollegen der FDP auch wieder; gut.

(Zurufe von der FDP)

Nach einer Vereinbarung des Ältestenrats schließt sich unmittelbar die Beratung an.

Ich eröffne die **Beratung über das Haushaltsgesetz** und erteile für die SPD-Fraktion ihrer Vorsitzenden, Frau Kraft, das Wort. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Finanzminister Dr. Linssen! Ich komme mir langsam vor wie der Hauptdarsteller in dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zum dritten Mal legen Sie einen verfassungswidrigen Haushalt vor, zum dritten Mal verschleiern Sie gezielt die wahren Steuereinnahmen, zum dritten Mal senken Sie die Investitionen, und zum dritten Mal setzen Sie keineswegs klare politische Prioritäten. Im Gegenteil! Dieser Haushalt geht auf Kosten der Kommunen. Das Land entlastet sich, die Kommunen sollen zahlen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hat Herr Wolf gerade versucht darzulegen!)

Ist das Ihr Verständnis von sozialer Politik? In diesem Jahr sind es die Kinder und die Familien, die Sie zur Kasse bitten, und im nächsten Jahr werden es die Kommunen sein. Und die werden wiederum die Familien und die Kinder belasten. So setzen Sie diese Ihre Politik konsequent fort. Denn wo sollen die Kommunen denn das ausgleichen, was Sie ihnen wegkürzen? Die Kürzungen gehen doch zulasten der freiwilligen Leistungen, zulasten der Leistungen für Kinder und Familien vor Ort in den Kommunen, Herr Finanzminister.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Interessant fand ich, wer bei Ihrer Rede wann wo geklatscht hat und wer nicht geklatscht hat.

(Svenja Schulze [SPD]: Ja, hochinteressant!)

Das zu betrachten war politisch hochinteressant.

Herr Ministerpräsident, Ihre eigenen Leute wehren sich doch gegen diese Politik. Ich habe mit großem Interesse gelesen, dass Sie bei Ihrer Klausurtagung auf dem Petersberg darüber diskutiert haben. Ich konnte lesen: „Das Land saniert sich auf Kosten der Kommunen.“ So werden CDU-Abgeordnete zitiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

beherrschen sie auch, nur versuchen Sie, dem Publikum etwas anderes klarzumachen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Sie bereichern sich an kommunalem Geld! Jetzt, wo Sie in der Regierung sind, wollen Sie damit nichts mehr zu tun haben!)

Vielleicht noch eine kleine Bemerkung zu dem, was Frau Kraft vorgetragen hat. Frau Kraft hat ihre Rede damit begonnen, dass sie sich vorkommt wie der Hauptdarsteller in dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Ich habe lange über dieses Bild nachgedacht.

Wenn Sie sich noch an den Film erinnern, dann muss in dem Film der Hauptdarsteller die Wiederholung des immer gleichen Tages viele Male ertragen. Das war das Bild, das sie gebraucht hat: „... schon zum dritten Mal ...“, usw. So geht es dem Murmeltier. Aber ich sage Ihnen auch: Am Ende gewinnt der Hauptdarsteller neue Einsichten und Erkenntnisse, und er kehrt zu einem normalen Leben zurück.

(Ralf Jäger [SPD]: Das Bild passt nicht, Herr Linssen!)

Mein Fazit daraus: Wir dürfen darauf hoffen, dass Frau Kraft und vielleicht auch die SPD mit ihr noch – wenn auch spät – zu den richtigen Erkenntnissen kommen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Linssen. – Ich schließe damit die Beratung zum Haushalt 2007 und zum Haushaltsbegleitgesetz.

Ich eröffne die **Beratung zum Gemeindefinanzierungsgesetz**. – Als erstem Redner für die SPD-Fraktion gebe ich das Wort an den Abgeordneten Jäger.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beginnen heute die Beratung zum GFG 2007 ohne den zuständigen Innenminister und ohne den extra für diesen Zweck eingerichteten Parlamentarischen Staatssekretär. Das scheint ein Novum in diesem Parlament zu sein.

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Und ohne 80 % Ihrer eigenen Fraktion!)

Ach, der Abgeordnete Palmer ist da – wunderbar –, aber nur der Abgeordnete Palmer. Der Staatssekretär müsste normalerweise hier sitzen. Herr Linssen, vielleicht können Sie das Herrn Wolf aufschreiben

und ihm ausrichten, so wie wir es mit Frau Kraft tun werden, sodass wir die ein oder andere Klärung herbeiführen können.

Herrn Linssen, was Sie Herrn Wolf aufschreiben können, ist: Es gibt ein weiteres Novum im Rahmen der GFG-Beratung, das das Datum vom 18. August trägt und den Abgeordneten am 28. August, am letzten Montag, zugestellt worden ist. Dieses GFG hatte also zehn Tage vom Innenministerium bis zum Landtag gebraucht – Luftlinie etwa 400 Meter.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Diese Landesregierung hat versprochen, neue Wege zu gehen. Aber dass sie so verschlungen sind, dass sie so lange dauern, damit haben wir wirklich nicht gerechnet. Es ist verständlich, dass man so lange braucht, weil man mit diesem GFG viel zu verschleiern hat. Man muss es deutlich sagen: Das geht knapp an einem Verstoß gegen die Geschäftsordnung vorbei. Zumindest ist es schlechter Stil. Herr Linssen, ich hoffe, Sie haben das mitgeschrieben und richten es Herrn Wolf aus.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Alle Daten!)

– Vielen Dank, Herr Linssen.

Kommen wir nun zum GFG selbst, das in der Tradition des Haushalts bleibt, nämlich flexibel im Umgang mit der Wahrheit und den Zahlen zu sein.

Innenminister Wolf, der nicht anwesend ist, hat gesagt, die kommunale Finanzlage – wie aufs Stichwort kommt er herein; den ersten Teil Ihrer Aufträge können Sie bei Herrn Linssen abrufen –, sei angespannt. Das ist in der Tat richtig. Er hat dies belegt mit 12 Milliarden Schulden für die Kommunen.

Bedauerlicherweise betragen die Gesamtschulden der Kommunen in Nordrhein-Westfalen 35,4 Milliarden €. Das, was Herr Wolf zitiert hat, sind nur die Kassenkredite. Herr Wolf, wenn Sie nachlesen wollen, empfehle ich einen Blick in Ihr eigenes GFG. Auf Seite 53 ist noch einmal der Schuldenstand der nordrhein-westfälischen Gemeinden aufgelistet. Ich empfehle Ihnen: Lassen Sie Ihre Rede überarbeiten!

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Um dabei zu bleiben, wie flexibel der Umgang mit Zahlen und der Wahrheit in diesem Haushalt ist, Herrn Dr. Linssen, haben Sie angeführt, die originäre Verbundmasse steige um 0,8 %. Sie sinkt

um 0,8 %, nachzulesen, Herr Linssen, auf Seite 57 des GFG von 2007.

Herr Linssen, kann es sein, dass Sie ein Problem haben mit plus und minus? Bei uns ist darüber schon einmal ein Kanzlerkandidat gestolpert. Ich hoffe nicht, dass über diesen eklatanten Fehler ein Finanzminister aus Nordrhein-Westfalen stolpert.

Wir bleiben bei dem Thema flexibler Umgang mit Zahlen und Wahrheit. Der Finanzminister sagt: Die Zuwendungen an die Kommunen steigen um 0,8 %, der Innenminister nennt 10,6 %. Das ist eine Differenz, die zumindest erklärungsbedürftig ist, meine Damen und Herren.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Lieber Herr Jäger, hier steht doch alles drin, und sagen Sie nicht so etwas!)

– Lieber Herr Kollege Linssen, wie bitte?

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das ist Tobak! Das wissen Sie doch genau!)

– Herrn Linssen, schauen Sie mal unter die Rubrik originäre Verbundmasse. Da müssen Sie einmal nachschauen. Das ist das, was Sie zitiert haben.

Da es gewisse Diskrepanzen in der Darlegung zwischen Ihnen, Herrn Wolf, und unserem geschätzten pastoralen Ministerpräsidenten gibt, der gerade in der Debatte erklärt hat, das Land gäbe 820 Millionen € mehr für die Kommunen, müssen wir die Zahlen ein wenig beleuchten.

Wichtig ist: Die originäre Verbundmasse des Jahres 2006 beträgt 6,642 Milliarden €. Die originäre Verbundmasse, Herr Linssen, für das Jahr 2007 beträgt 6,591 Milliarden € – mithin 51 Millionen € weniger, also minus 0,8 %.

Der geschätzte Innenminister sagt: Davon ziehe ich ganz geschickt Kreditierungen der Vorjahre ab, vermindere dadurch die Verbundmasse in der Betrachtung des Vorjahres und sage: Tatsächlich steigt sie um 10,6 %. – Das ist so, als würde er in die Kassen der Kommunen im Jahre 2006 greifen, deren Zuwendungen also kürzen, um ein Jahr später zu sagen: Sie sind marginal gestiegen. Also können die Kommunen auch zur Haushaltskonsolidierung des Landes herbeigezogen werden. – Das, meine Damen und Herren, ist eine große Diskrepanz zwischen Wahrheit und Klarheit in einer Haushaltsführung.

(Beifall von der SPD)

Meine Kollegin Kraft hat gesagt, Kollege Linssen würde auf einem Pippi-Langstrumpf-Niveau rech-

nen. Ich möchte den Innenminister davon ausdrücklich ausnehmen. Es wäre gegenüber Pippi Langstrumpf nicht gerecht, so wie der Innenminister rechnet. Um es genau zu sagen: Der große Wolf rechnet wie der „Kleine Onkel“, wie das Pferd von Pippi Langstrumpf.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung sagt, sie würde – wenn der Ministerpräsident zitiert werden darf – für die Kommunen in der Größenordnung von über 800 Millionen etwas tun. Der Innenminister sagt: Wir tun mehr. Wir legen 10,6 Millionen € drauf. Der Finanzminister sagt plus 0,8 %. Und das in einer Zeit, in der die Rücknahme bei der Erstattung nicht eingenommener Elternbeiträge bei den Kommunen mit 85 Millionen € zu Buche schlägt, in der die Kommunen mit 94 Millionen € zusätzlich an der Krankenhausfinanzierung beteiligt werden, in der den Kommunen 18 Millionen € bei den Weiterbildungsmitteln gestrichen werden, 3 Millionen bei den Altlasten, 54 Millionen im Gemeindefinanzierungsgesetz, wie gerade von mir dargestellt. Sie streichen 162 Millionen € bei der Grunderwerbsteuer, noch einmal 18 Millionen beim sozialen Wohnungsbau und noch einmal 18 Millionen beim Flüchtlingsaufnahmegesetz.

Und da stellen Sie sich hier hin und sagen, die Kommunen bekämen mehr Geld. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein äußerst flexibler Umgang mit Zahlen und der Wahrheit.

Ich sage im Gegenteil: Das, was hier vorgelegt wird, ist gegenüber den Kommunen verantwortungslos, weil sie gezwungen sein werden, im Leistungsbereich zu reduzieren, was wiederum die Schwächsten in unserer Gesellschaft treffen wird, insbesondere die Kinder und Jugendlichen.

Das, was Sie hier, Herr Dr. Wolf, als GFG vorlegen, ist etwas, was ein brutalst kommunalfeindlicher Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen tun kann.

(Beifall von der SPD)

Das hat das Land Nordrhein-Westfalen, das haben die 396 Kommunen Nordrhein-Westfalens bisher in dieser Form noch nicht erlebt.

Was allerdings ein Ausblick sein könnte, ist die Tatsache, dass in der anstehenden Unternehmensreform auch eine Modernisierung der Gewerbesteuer geplant ist. Herr Abgeordneter Palmen, ich bin gespannt, wie die CDU-Fraktion und wie Sie, Herr Innenminister Dr. Wolf, als FDP-Abgeordneter zu der Frage stehen, ob eine solche Reform und Modernisierung

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

der Gewerbesteuer mit dem Ziel einer Verbreiterung der Einnahmesituation durch Hinzuziehung von Freiberuflern erfolgen muss. Es ist kaum erklärbar, dass der Handwerker im Erdgeschoss Gewerbesteuer bezahlen muss und der Rechtsanwalt mit seiner Rechtsanwaltskanzlei darüber nicht. Es ist nicht zu erklären, dass Sie einer solchen Modernisierung der Gewerbesteuer zustimmen. Wir hatten im Jahre 2004 die Gelegenheit zur Reform. Herr Palmen, Herr Wolf, das haben Sie aus Nordrhein-Westfalen heraus mit verhindert. Jetzt haben Sie bei der Unternehmenssteuerreform die Chance, die alten Fehler zu revidieren und das zu tun, wofür Sie eigentlich gewählt worden sind, nämlich die 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen so auszustatten, dass sie den Menschen in diesem Land eine kommunale Infrastruktur bieten können, die auch den Namen verdient. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nächster Redner ist der Abgeordnete Lux für die Fraktion der CDU.

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wäre in meinem Beitrag eigentlich gerne auf die alternativen Vorstellungen der SPD zum GFG eingegangen. Allerdings – das zieht sich wie ein roter Faden durch den heutigen Tag – gibt es keine alternativen Vorstellungen der SPD. Diese sind Sie wieder einmal schuldig geblieben, Herr Jäger. Außer ein bisschen besserwisserisches Getue, wie Zahlen zu lesen seien, haben Sie nichts gebracht. Das hat eher deutlich gemacht, dass Sie die unterschiedlichen Ansätze nicht voneinander unterscheiden können, und das spricht dann gegen Sie und nicht gegen die Verfasser dieser Aussagen.

Lassen Sie mich zu dem eigentlichen Thema kommen, nämlich zu der Finanzsituation unserer Städte und Gemeinden. Ich denke, es ist heute sehr deutlich geworden, dass die Finanzsituationen von Bund, Ländern und Gemeinden – von allen Gebietskörperschaften – nach wie vor sehr angespannt und zum Teil sogar dramatisch sind. Uns allen ist klar – ich hoffe, Ihnen auch –, dass man allein durch Wirtschaftswachstum und steigende Steuereinnahmen dieses Manko in den öffentlichen Haushalten nicht in den Griff bekommt.

Notwendig sind vielmehr – da ist bei Ihnen immer Fehlanzeige – Eingriffe in die Strukturen. Der Herr Finanzminister hat heute sehr deutlich gemacht, dass die Haushaltssituation ohne strukturelle Veränderungen nicht in den Griff zu bekommen ist.

Nur noch einmal zur Erinnerung: Weshalb sind denn Eingriffe in die Haushaltsstruktur erforderlich? Weshalb müssen wir uns hier Gedanken über die Konsolidierung von öffentlichen Haushalten machen? – Wenn wir dies nicht tun, sind wir sehr schnell wieder in der Situation, in der Sie uns das Land im letzten Mai übergeben haben, nämlich in einer Situation, in der die Haushalte strukturell riesige Defizite aufweisen würden, das strukturelle Defizit 6 bis 7 Milliarden € pro Jahr betragen würde und wir insgesamt über 110 Milliarden € Schulden hätten.

Wenn man den Begriff Nachhaltigkeit einigermaßen ernst nimmt, dann muss man eine Menge an Anstrengungen unternehmen, um diese Struktur der öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung zu bringen. Das bedeutet – auch darauf ist mehrfach hingewiesen worden –, dass wir Leistungskürzungen des Staates durchführen müssen. Wir können unsere Haushaltsdefizite nicht mit mehr Leistungen zurückfahren. Das geht nicht.

Dann stellt sich die spannende Frage – und da sind wir beim GFG –, ob denn die Kommunen ihren Beitrag zu dieser Haushaltskonsolidierung, die wir hier in Nordrhein-Westfalen durchführen müssen, leisten können und müssen. Da sage ich: Das sind die Fehler, die wir aus der Vergangenheit übernommen haben, und die Folgen aus diesen Fehlern sind, dass wir die Kommunen nicht freistellen können. Es stellt sich nur die Frage – darüber müssen wir uns in den nächsten Monaten sehr intensiv unterhalten –, ob die Balance der Belastungen, die der Finanzminister heute Morgen angesprochen hat, gewahrt und immer durchgehalten wird.

Natürlich ist es so, dass in diesem Jahr ein entschieden größerer Auszahlungsbetrag an die Kommunen ausgeschüttet wird als im vergangenen Jahr. Es wird mehr Geld an die Kommunen ausgeschüttet.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Denn im vergangenen Jahr stand nicht der gesamte Ausschüttungsbetrag für die Kommunen zur Verfügung, Herr Jäger. Vielmehr hatten die Kommunen die Kreditierungen zurückzuzahlen. Sie können sich ja mal Gedanken darüber machen, aus welcher Zeit diese Kreditierungen stammen.

Deswegen ist der Betrag, der tatsächlich bei den Kommunen ankommt, im Jahr 2007 höher. Aber das liegt nicht daran – um hier keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen –, dass das Land den Kommunen gegenüber diesem Jahr besonders großzügig ist und mehr Geld ausschüttet,

sondern daran, dass wir im letzten Jahr eine völlig atypische Situation hatten, in der die Kommunen mit den Altkreditierungen belastet waren.

Deswegen werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten darüber unterhalten müssen, wie denn diese Belastungen für die Kommunen ausfallen.

Lassen Sie mich zunächst einmal feststellen:

Erstens: Die Umstellung bei der Berechnung der Referenzperiode für die Ermittlung der Verbundmasse wirkt sich für die Gemeinden sehr positiv aus. Wir merken doch schon jetzt, dass wir dieses System der Kreditierungen nicht mehr haben, sondern dass die Kommunen in Zukunft wissen und bei der Verabschiedung des Landeshaushalts wissen werden, wie viele Mittel ihnen aus dem GFG zur Verfügung stehen. Da gibt es dann keine Abrechnungen mehr in den Folgejahren. Das ist für die Planbarkeit städtischer Haushalte von großer Bedeutung.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Zweitens: Auch die Tatsache, dass über 85 % der kommunalen Verbundmasse als Schlüsselzuweisungen an die Kommunen gehen, ist außerordentlich positiv. Denn das sind freie Verfügungsmassen für die Kommunen. Das bedeutet die versprochene größere Selbstständigkeit und Selbstverantwortung in den Kommunen; dazu stehen wir.

Drittens: Auch dass der kommunale Anteil an der originären Verbundmasse mit 23 % erhalten bleibt, ist sehr positiv festzustellen und wird von uns mit getragen.

Nun kommen einige kritische Fragen, und Sie haben sie eben schon erwähnt: Es stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang die Kommune dieses Herausfallen des Viersiebtelanteils an der Grunderwerbsteuer verkraften kann. Wir werden das in den nächsten Monaten beobachten, und wir werden auch gucken, wie das mit den Belastungen ist, die den Kommunen zusätzlich durch die Krankenhausfinanzierung und Weiterbildung etc. entstehen werden; die Punkte sind angesprochen worden.

Wir werden schauen müssen – das sage ich hier sehr kritisch –, wie wir den Kommunen auf Dauer verlässlich sagen können, welche Mittel ihnen aus der Verbundmasse zur Verfügung stehen. Wir möchten nämlich keine zusätzlichen Befrachtungen. Wir möchten vor allen Dingen, dass die Belastungen der Kommunen durch die Kosten der Unterbringung mit berücksichtigt werden. Da – das sage ich mit Blick auf Herrn Jäger – haben wir

vielleicht gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, damit der Bund seinen Verpflichtungen gegenüber den Kommunen nachkommt, um diese Riesenbelastungen der Kommunen, die da entstehen – auf Bundesebene liegt die Diskussionsbreite, dessen, was auf die Kommunen zukommt, zwischen 2 und 5 Milliarden € – für die Kommunen tragbar zu gestalten.

Zusammenfassend möchte ich hier sagen, dass wir grundsätzlich der Meinung sind, dass dieses GFG besser als seine Vorgänger ist; denn es ist verlässlicher.

Auf Dauer müssen wir es jedoch hinbekommen, dass in den Folgejahren die Belastungen für die Kommunen beziehungsweise die Einnahmen der Kommunen aus den Gemeinschaftssteuern verlässlich dargestellt werden und es nicht von Jahr zu Jahr zu neuen Belastungen kommt.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun der Abgeordnete Horst Becker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist doch immer wieder erstaunlich, wie unterschiedlich Bewertungen zu einem Zahlenwerk ausfallen können, das eigentlich klar auf den Tisch legt, wie die Wirklichkeit aussieht. Wir haben es heute schon verschiedentlich gehört, nachdem im Jahr 2006 vor allem bei Kindern und Jugendlichen gespart wird, war zu erwarten – wer genau hinschaute, konnte es sehen –, dass die Kommunen im Jahr 2007 als Sparstrumpf dienen werden. Von dort holen Sie das Geld, mit dem Sie angeblich konsolidieren.

Sie haben schon 2006 Kosten auf die kommunale Familie verlagert. Dazu werde ich nachher noch etwas sagen. Aber vor allen Dingen haben Sie eine Maßnahme durchgeführt – Herr Jäger hat es vorhin schon angesprochen –, mit der Sie heute ihre Argumentation aufbauen, dass die Kommunen 820 Millionen € mehr vom Land bekämen. Das ist nicht mehr redlich, sondern zutiefst unredlich. Sie haben im Jahr 2006 aus dem, was den Kommunen zustand, auf einen Schlag alle Kreditierungen aus den Vorjahren in der Höhe von insgesamt 680 Millionen € zurückgefordert. Das war Ihr Recht, geschah aber gegen den Widerstand der kommunalen Familie. Die kommunalen Spitzenverbände haben Ihnen unisono gesagt, sie wünschten, dass das auf zwei bis drei Jahre ge-

streckt wird. Ich erinnere an die Haushaltsberatungen für dieses Jahr.

(Beifall von den GRÜNEN)

In diesem Jahr tun Sie so, als ob die 680 Millionen €, die den Kommunen jetzt wieder real zur Verfügung stehen, eine besondere Leistung dieses Landes wäre. Dabei haben sie ihnen damals schon zugestanden, nur mussten sie die Kredite zurückzahlen.

Herrn Rüttgers hat heute in Richtung Opposition von Taschenspielertricks gesprochen. Darauf kann ich nur entgegnen: Das ist ein übler Taschenspielertrick erster Sorte, den Ihnen kaum ein Bürgermeister und kaum ein Landrat auch Ihrer eigenen Partei durchgehen lassen wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang habe ich noch eine Frage an Sie. Herr Lux hat heute die Kreditierung im Nachhinein kritisiert. Aber: Die Kredite sind in den Jahren aufgelaufen, in denen die Steuereinnahmen eingebrochen sind. Im Gegensatz dazu profitieren Sie heute von Steuermehreinnahmen. Tun Sie doch nicht so, als ob sie das Ergebnis Ihrer Politik wären!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Haben Sie, als die Steuereinnahmen damals eingebrochen sind, in diesem Landtag gefordert, die Kommunen im laufenden Jahr schlechter zu stellen, oder haben Sie damals gefordert, dass die Kommunen dieses Geld trotzdem bekommen sollen? – Die CDU hat Letzteres getan. Heute tun Sie so, als ob die Kreditierung gegen Ihren Widerstand stattgefunden hätte. Das ist doch nicht die Wahrheit. Sie alle haben damals gefordert, den Kommunen dieses Geld zu geben. Das ist nur über Kredite gegangen, und Sie – Ihre Landesregierung – haben das Geld letztes Jahr auf einen Schlag wieder einkassiert.

Wer sich die Haushaltssituation für 2006 ansieht, wird feststellen, wenn Sie die 680 Millionen € – das gehört auch zur Wahrheit, die Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen oder widerlegen müssen –, die Sie den Kommunen für das Jahr 2006 auf einen Schlag wieder abgezogen haben, von Ihren angeblichen Konsolidierungserfolgen abziehen, bleibt von dem Wunderhaushalt des Herrn Linssen unter dem Strich nicht viel übrig. Das ist eine ziemliche Luftbuchung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie dann noch die Steuermehreinnahmen als zweiten Posten abziehen, die die ganze Zeit

zustande kommen und die Sie sich sozusagen als Konsolidierungsbeitrag gutrechnen, bleibt von Ihrem komischen Konsolidierungshaushalt gar nichts übrig. Unter dem Strich ist das eine Luftbuchung.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie sind deswegen so aufgeregt, weil Sie das genau wissen. Ich wiederhole es, damit Ihre Aufregung noch eine Weile anhält. Sie haben zwar wesentliche Tricks, über die Sie Ihren Haushalt gestalten:

Erstens. Sie tun so, als ob die Steuermehreinnahmen Ihr Verdienst wären. Das ist aber mitnichten so.

Zweitens. Sie rechnen den Kommunen etwas in die Tasche und tun so, als ob es ein Verdienst des Landes sei, dass sie dieses Jahr keine Kredite mehr zurückzahlen müssen. Auch das trifft mitnichten zu.

Mit anderen Worten: Das sind Taschenspielertricks.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Doppelter Taschenspielertrick!)

– Es geht noch weiter, Kollegin Löhrmann. – Was ist mit den etwas über 100 Millionen €, die sozusagen als Spitze des zusätzlichen Geldes für die Kommunen übrig bleiben? In Wahrheit ist das ja nur ein Teil der Steuermehreinnahmen in 2006, die Sie den Kommunen, weil Sie die Systematik geändert haben, im nächsten Jahr zur Verfügung stellen. Das, was eigentlich nach dem alten System, das Sie so kritisieren, fällig war, geben Sie den Kommunen mit einem Verzug von über einem Jahr.

Wohin das führt, können wir in diesem Jahr sehen. Das führt dazu, dass Sie plötzlich sagen: Ach, den Kommunen geht es wunderbar. Ziehen wir ihnen doch den kommunalen Anteil an der Grunderwerbsteuer ab! – Das sind mal eben rund 170 Millionen € oder 2,5 %. Warum protestiert denn die gesamte kommunale Familie? Warum hat der Landkreistag gestern im Vorstand protestiert? Warum protestieren der Städte- und Gemeindebund und der Städtetag? Warum protestieren Ihre eigenen Bürgermeister rauf und runter? Können die alle nicht rechnen und nicht übersehen, was Sie mit den Kommunen machen?

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

– Ach, Herr Palmen, kommen Sie doch nach vorne und halten Sie nachher zusammen mit Ihrem Minister die Rede. Darauf bin ich sehr gespannt.

Mit Ihren Vorgaben, die Sie in den Zeiten vor der Landtagswahl hier postuliert haben, hat das nichts zu tun. Es wird Zeit, dass das auch draußen im Lande immer wieder gesagt wird. Sie haben früher gesagt, Sie wollten die Kommunen besser ausstatten, Sie wollten die Weiterbildung besser finanzieren, Sie wollten die Kinder und Jugendlichen besser ausstatten. Zusätzlich wollten Sie die Schulden abbauen. Heute haben Sie mehr Steuereinnahmen als SPD und Grüne früher – das ist nicht Ihr Verdienst, ich sage es noch einmal –, und Sie schaffen es nur, die Schulden zulasten der Kommunen, zulasten der Kinder und Jugendlichen, zulasten der Schulen, zulasten all derer, die Sie vorher als die angeführt haben, denen es besser gehen soll, ein Stück weit mehr abzubauen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch darüber hinaus verschlechtern Sie noch die Lage der Kommunen. Sie verschlechtern sie durch weitere 49 Millionen € durch den Wegfall des Elternbeitragsdefizitausgleichs bei den Kindertagesstätten.

Sie verschlechtern sie weiterhin ganz wesentlich durch Mehrkosten wegen einer höheren Beteiligung bei der Krankenhausfinanzierung. Um es deutlich zu sagen: Das ist ebenfalls ein übler Taschenspielertrick. Für das Jahr 2006 kürzten Sie bei den freien gemeinnützigen Krankenhäusern und gehen 2007 mit den Zuweisungen wieder hoch – zulasten der Kommunen, indem Sie deren Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung von 20 auf 40 % erhöhen. Das heißt, die kommunalen Krankenhäuser, die Knappschaftskrankenhäuser, die Landeskrankenhäuser und vor allem die Kommunen tragen mit, dass Sie das, was Sie für 2006 gekürzt haben, in diesem Jahr annähernd wieder draufpacken. Das ist ein Taschenspielertrick erster Güte, meine Damen und Herren.

Sie kürzen 18 Millionen € bei der Weiterbildung. Ich sage noch einmal das, was ich eben gesagt habe: Sie sind hingegangen und haben vor der Wahl 2005 gesagt: Die Kürzungen, die SPD und Grüne vorgenommen haben – damals 15 % –, sind zurückzunehmen. – Was haben Sie gemacht? Sie haben 2006 Kürzungen in Höhe von 5 % noch obendrauf gesattelt. Jetzt setzen Sie für 2007 noch einmal rund 18 Millionen €, rund 19 %, drauf. Das ist die Wahrheit. Von Ihren eigenen Ankündigungen ist unisono nichts übriggeblieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das alles setzt fort, was wir im letzten und in diesem Jahr von Ihnen erlebt haben. Die traurige Wahrheit, die Sie zu

verantworten haben, ist: Es gibt überhaupt keinen Ansatz dafür, dass diese Regierung kommunalfreundlich ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das Gegenteil!!)

Sie ist nicht nur nicht kinder- und jugendfreundlich, sie ist auch nicht kommunalfreundlich.

Zu den Elternbeiträgen für den Kindergarten ist oft genug etwas gesagt worden; ich könnte das auch noch einmal wiederholen und werde das auch machen, je nachdem, was noch an Reden kommt.

Ich sage Ihnen aber: Glauben Sie ja nicht, dass im nächsten Jahr in den Kommunen die Auseinandersetzung um das, was Sie hier veranstalten, nicht stattfinden wird. Sie wird stattfinden. Vor allem die Kolleginnen und Kollegen der CDU werden sich dafür in den kommunalen Räten und Kreistagen zu rechtfertigen haben. Für die FDP gilt das weniger, denn an ihr schwimmt das vorbei; sie hat in den wenigsten Kommunen wirklich Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist auch besser so!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen Ausblick wagen. Es gibt zwei Möglichkeiten: Sie werden sich mit uns zusammen hinsetzen und diesen Haushalt von Innenminister Wolf und von Finanzminister Linszen zugunsten der Kommunen nachbessern müssen.

(Manfred Palmen [CDU]: Mit Sicherheit nicht!)

– Herr Palmen, wissen Sie, worüber ich mich freue? Im Landtag wird alles protokollarisch festgehalten, was heute zum Haushalt und zum GFG gesagt wird.

(Manfred Palmen [CDU]: Gott sei Dank! Dann weiß man, dass Sie keine Ahnung haben!)

– Sehen Sie, an der Stelle sind wir uns einig. Sie sagen „Gott sei Dank“, und ich sage „Gott sei Dank“. Lassen Sie uns abwarten, was die Bürgermeister, denen wir diese Protokollauszüge zuschicken, sagen werden. Ich glaube nicht, dass die Ihnen für dieses GFG „Gott sei Dank“ sagen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben die Möglichkeit, mit uns zusammen dafür zu sorgen, dass die Kommunen nicht derartig schlecht behandelt werden. Oder Sie haben die Möglichkeit, dass in allen Kommunen in den Jahren 2007, 2008 und bis zur Kommunalwahl debattiert wird, wie diese Landesregierung mit der kommunalen Familie und damit mit den Bürgerinnen und Bürgern umgegangen ist.

Auch wenn Sie bis jetzt mit Ihrer Strategie, immer alles auf die Vergangenheit zu schieben, durchgekommen sind, wird Ihnen das hier nicht gelingen. Ihre eigenen Bürgermeister werden mit jedem halben Jahr, das näher auf die Kommunalwahl zugeht, unabhängiger und Ihnen sagen, was sie davon halten. Die werden Ihnen die rote Karte zeigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vierter im Bunde dieser Debattenrunde ist der Abgeordnete Engel von der FDP-Fraktion.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Botschaft für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 lautet, Herr Becker: 620 Millionen € mehr und, wenn die Konjunktur so weiterläuft, wie sie hier prognostiziert wird, zusätzlich weitere 200 Millionen €. Das ist die Botschaft.

Alles andere, was Sie hier vorgetragen haben, ist reine Rabulistik, Herr Becker. Wo ist denn Ihr Gegenentwurf, Herr Jäger? Wo ist Ihr konstruktives Beispiel?

(Ralf Jäger [SPD]: Wer regiert hier eigentlich?)

Da ist null, nichts, gar nichts.

(Beifall von der CDU)

Obwohl die Botschaft so lautet, nämlich 820 Millionen € am Ende des Jahres mehr auf dem Tisch der Kommunen, bleiben wir mit beiden Beinen auf der Erde.

Herr Becker, machen Sie sich keine Sorgen über die Anzahl der kommunalen Mandate für die FDP. Die Zahl ist dreistellig. Wir sind gut vertreten.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Lachen von den GRÜNEN)

– Entschuldigung, vierstellig; ich habe mich versprochen.

(Horst Becker [GRÜNE]: So gehen Sie mit Zahlen um!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Finanzlage, auch die der Kommunen, ist angespannt; das haben wir heute Tausend Mal gehört. Das wissen wir. Wir werden noch lange Zeit zu tun haben, bis wir endlich einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen können. Das ist auch keine Frage. Wir wissen, dass das insgesamt nicht einfach ist, weil wir Ihre finanzielle Hinterlassenschaft überwinden müssen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Geht das schon wieder los!)

Den ersten Schritt dazu haben wir gemacht, als wir im Gemeindefinanzierungsgesetz

(Horst Becker [GRÜNE]: Unsere Hinterlassenschaften sorgen für Steuermehreinnahmen!)

die Kommunen aufgefordert haben, mit einem Schlag die 670 Millionen € – Sie sagen 680 Millionen € – zurückzuzahlen. Sie haben vor einem Jahr unisono den Untergang des Abendlandes prognostiziert. Nichts ist passiert. Beide – die Kommunen und das Land – haben diese Aufgabe gemeistert. Gott sei Dank! Das haben wir endlich hinter uns.

(Beifall von der FDP)

Eine Kreditfinanzierung durch einen Kreditgeber, der selber pleite ist, wird es in Zukunft nicht mehr geben.

(Beifall von der FDP)

Darauf kann man sich einstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Konsolidierung ist schmerzhaft. Sie stellen sich hier nach dem Motto hin: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! – Das geht nicht.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Wann wollen wir denn konsolidieren? Sagen Sie uns das mal! Wann denn, wenn nicht heute? Von diesem Weg wird sich diese Koalition nicht abbringen lassen.

Deshalb ist es heute zwar schmerzhaft, aber verantwortlich, wenn wir jetzt vier Siebtel der Grunderwerbssteuer – rund 162 Millionen € – zur Konsolidierung in den Landeshaushalt einstellen und – was die Krankenhausfinanzierung angeht – den Satz von 20 % auf 40 % heraufsetzen. Wir wissen doch – der Finanzminister hat es zweimal deutlich gemacht –, wie die Gewerbesteuerquellen insgesamt sprudeln. Wenn die Zahlen stimmen, liegen sie bei konservativer Berechnung bundesweit bei etwa 12 % mehr. Herr Jäger, bei so einem Umfeld gibt es keine andere Alternative; da muss man konsolidieren, und das machen wir.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie haben zu viel Geld! Jetzt verstehe ich das! Da kann man kürzen!)

Wenn nicht jetzt, wann dann?

(Ralf Jäger [SPD]: Jetzt haben Sie es wenigstens ehrlich gesagt!)

– Genau!

Ich hatte auf 2006 verwiesen, als wir die Kredite durch weniger Auszahlung zurückgefordert haben. Da haben Sie sich auch hier hingestellt und gesagt: Das geht überhaupt gar nicht. – Herr Becker hat eben noch einmal erwähnt, die Rückzahlung wollte die kommunale Familie auf zwei bis drei Jahre strecken. Da haben Sie Recht. Das war die Absicht. Diesen Hinweis haben Sie gestern in der Vorstandssitzung zutreffend gegeben.

Aber wir haben die Operation durchgeführt. Wir haben sie hinter uns. Es ist Vergangenheit und schafft wirklich wieder den freien Blick nach vorne. Die Zahl der Kommunen ohne einen ausgeglichenen Haushalt – deswegen ist das Geschäft auf Jahre hinaus noch hart – steigt weiter. Wir haben ja einen Weg und eine Mentalität: Weiter so, Verschuldungsstaat. Erst muss einmal etwas in den Köpfen stattfinden; das ist kein Vorwurf. Wir werden nicht sofort die Erfolge vor Ort haben, sondern das dauert etwas.

Wir haben – vorausgesetzt, die Zahlen stimmen – 117 Kommunen in der vorläufigen Haushaltswirtschaft per 30. Juni. Diese Zahl ist bedenklich und ein bisschen höher als die von vor einem Jahr. Das gilt auch für die Entwicklung der Kassenkredite von 10,5 Milliarden € auf jetzt 11,7 Milliarden €. Wer das vor Ort hinterfragt, weiß, dass die Kämmerer hinter vorgehaltener Hand sagen: Es gibt nichts Besseres als Kassenkredite. Das zum Punkt Mentalität.

Damit müssen wir Schluss machen. Alles, was kreditfinanziert ist, geht zulasten der zukünftigen Generationen. Das wissen Sie. Die bürgerliche Koalition von CDU und FDP macht ernsthaft Schluss mit diesem Weg in die weitere Verschuldung. Wir müssen die Haushalte konsolidieren, wie wir auch die einzelnen Politikfelder deutlich besser zu fahren versuchen als Sie in der Vergangenheit.

Zur Konsolidierung gibt es also keinerlei Alternative. Ich wiederhole es: Wir haben bei dem, was im Bereich der Schlüsselzuweisungen auf den Tisch der kommunalen Familie kommt, eine Steigerung um 620 Millionen €. Die gesamte Verbundmasse hat etwa ein Volumen von 6,4 Milliarden €. Das haben wir schon gehört. Das ist der Lichtblick. Wir haben auch gehört, dass der Bereich der Investitionspauschalen um 27 % auf ein akzeptables Niveau von rund 408 Millionen € gesteigert werden kann. Auch das ist eine positive Nachricht.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Sonderpauschalen sagen, zu denen sich der Innenminister heute bereits geäußert hat. Wie bereits im GFG 2006 sind 510 Millionen € für die Schulpau-

schale und die Sportpauschale veranschlagt. Das ist eine Hausnummer. Die Verteilung erfolgt wie beim GFG 2006, wobei auch im kommenden Jahr 70 Millionen € der Schulpauschale in konsumtiver Form an die Kommunen ausgezahlt werden.

Meine Damen und Herren, ich erspare mir meine weiteren Ausführungen, um damit einen Beitrag zum Zeitgewinn zu liefern. Wir werden den eingeschlagenen Weg ungebremst und mit Vernunft fortsetzen. In einem Jahr werden wir uns hier wieder treffen und über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2008 zu reden haben. Ich ahne, dass wir Ihnen dann in ähnlicher Weise ein Gesetz werden präsentieren können, das auf zwei Säulen ruht: nämlich der weiteren Konsolidierung, die alternativlos ist, und darüber hinaus einer Finanzausstattung für die Kommunen, mit der diese ihrer von der Verfassung garantierten kommunalen Selbstverwaltung und den Aufgaben, die ihnen daraus erwachsen, nachkommen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Als nächster Redner hat nun Herr Innenminister Dr. Wolf das Wort für die Landesregierung.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jäger, das, was Sie hier losgelassen haben, war wahrlich ein Feuerwerk der Desinformation. Ich möchte nur kurz darauf eingehen, dass ich bei meiner Schilderung der Finanzlage der Kommunen einen zielführenden Hinweis auf den kommunalen Finanzbericht gegeben habe, nicht aber den Anspruch auf Vollständigkeit erhoben habe, sondern als ein Beispiel für die Brisanz der Finanzlage die Kassenkredite genannt habe. Wir könnten noch weitere Parameter heranziehen. Das bringt uns hier aber nicht weiter.

Sie haben dann -wie immer untauglich – versucht, einen Keil zwischen Dr. Linssen und mich zu treiben. Schauen sie sich Seite 40 des Gesetzentwurfs an, dann können Sie leicht ermessen, warum wir zu unterschiedlichen Prozentzahlen kommen. Die Schwierigkeit des Gemeindefinanzierungsgesetzes macht es nun einmal aus, dass es verschiedene Faktoren und Berechnungsgrundlagen gibt. Je nachdem, worauf man sich bezieht, kommt man ganz automatisch zu unterschiedlichen Sätzen. Das hat nichts mit Taschenspielertricks zu tun. Die Regierung der Taschenspielertricks und der Bilanzfälscher ist abgelöst worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sagen Ihnen offen, was Sache ist. Sache ist, dass wir uns auf einem Konsolidierungskurs befinden. Der Kollege Engel hat in entwerfender Offenheit gerade ausgeführt, dass man – wenn es darum geht, Fehler der Vergangenheit auszumergen – natürlich auch zusehen muss, dass man sich, Land und Kommunen, gemeinsam aufstellt und schaut, wie es den beiden geht: Wer kann in welcher Weise zur Konsolidierung beitragen? Der Abwägungsprozess, dem wir uns als gelb-schwarze Koalitionsregierung stellen, ist schwierig.

Ich meine, wir haben es genau anders gemacht als Sie: Wir haben nicht weiter getrickst. Wir haben nicht weiter zulasten der Kommunen gefälscht, sondern wir haben transparent gesagt, was Sache ist, und zwar – Herr Lux hat es gesagt – durch dieses neue GFG. Das neue GFG bringt eine Transparenz hinein, die ihresgleichen sucht und eben nicht mehr dazu führt, dass wir die Schleifspuren Ihrer vergangenen Bilanzfälschungen ausbügeln müssen, sondern sagen können: Die Kommunen können ablesen, was ihnen zusteht. Es wird nicht mehr kreditiert und nichts mehr zurückgehalten.

Ich möchte einen kleinen Blick in die Vergangenheit werfen, um Ihnen noch einmal Ihre Verantwortung vor Augen zu führen: Es gab die Jahre 2003, 2004 und 2005, als Sie schon den heißen Atem der zukünftigen Wahlkämpfe im Nacken spürten. Seinerzeit haben Sie aus Ihrer Sicht – pleite, wie Sie waren – im Jahre 2003 484 Millionen € kreditiert. 2004 waren es 559 Millionen €, und 2005 – am Anfang waren Sie noch dabei – waren es 321 Millionen €. Das sind satte 1.360.000.000, die Sie kreditiert haben, als Schulden aufgenommen und einfach auf die Landesschulden oben draufgepackt haben. Das ist ausschließlich Ihre Verantwortung. Diese Haushalte hatte nicht die Opposition, sondern die hatten Sie beschlossen.

Jetzt zum Thema, wie das zurückgeführt wird: Im Jahre 2005 haben Sie einen Haushalt aufgestellt, der die Rückführung von Krediten in Höhe von 690 Millionen € vorgesehen hat. Als wir dann im Jahre 2006 die restlichen 674 Millionen € zurückgeführt haben, haben Sie „Haltet den Dieb!“ gerufen. Das ist unehrlich, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Es musste Schluss sein mit diesen Scheineinnahmen bei den Kommunen. Nichts anderes war das. Im Prinzip standen sie ihnen nach Steueraufkommen nicht zu. Sie haben das über eine Kreditierung verschleiert. Jetzt ist abgerechnet worden. Deswegen sind alle Vergleiche mit den Vorjahren

ausgesprochen schwierig, um nicht zu sagen in Wahrheit quasi unmöglich. Nach draußen ist das kaum zu kommunizieren. Deswegen sagen wir: Es gibt ein Mehr. Herr Engel hat es gesagt; Herr Lux hat es gesagt; es ist völlig klar.

Das Entscheidende ist, dass wir jetzt ein GFG haben, das in Zukunft klar ablesen lässt, was die Kommunen zu erwarten haben. Wir haben uns im Rahmen der Verbundgrundlagen auf das beschränkt, was uns verfassungsrechtlich zwingend vorgegeben ist. Das haben die beiden Herren eben geschildert. Es geht um einen Konsolidierungsbeitrag, der im Rahmen dessen, dass es Aufwuchs gibt, aus unserer Sicht verträglich ist.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wir werden diesen Weg der Klarheit weitergehen. Wir werden die Kommunen zeitnah an der allgemeinen Steuerentwicklung partizipieren lassen. Der Referenzzeitraum reicht immer bis zum 30. September des Vorjahres für den Haushalt, den wir dann beschließen. Mehr kann man nicht tun.

Dass es insgesamt für Land und Kommunen nur dann aufwärts geht, wenn diese Regierung ihren Kurs der Konsolidierung fortsetzt und damit wirtschaftlichen Aufschwung fördert, ist für uns völlig klar. Es gibt keine isolierte Finanzpolitik in diesem Raum. Sie ist von den Faktoren draußen abhängig. Dafür wird die Regierung nicht zuletzt durch Bürokratieabbau, durch Vorschriftenabbau, durch Deregulierung und Privatisierung alles tun, damit es weiter vorangeht. Dann werden die Kommunen fair daran partizipieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, wenn ich sein Handzeichen richtig gedeutet habe, möchte Herr Jäger noch einmal das Wort ergreifen. Bitte schön.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, wir haben eine äußerst spannende Debatte um dieses Gemeindefinanzierungsgesetz geführt. Es gibt – deshalb muss man noch einmal nachlegen – unterschiedliche Auffassungen darüber, ob die Kommunen nun eigentlich mehr oder weniger Geld bekommen und wie schlecht es ihnen geht.

Herr Lux und Herr Engel, ganz offen und ohne Ironie sage ich Ihnen: Ich schätze Ihre Ehrlichkeit bei dieser Debatte. Sie unterscheidet sich um einiges von den Aussagen der Landesregierung. Herr Engel, Sie sagten, die Gemeinden nähmen mehr Gewerbesteuer ein, und deshalb greifen Sie

ihnen in die Tasche, um den Landeshaushalt zu konsolidieren.

(Zuruf von Horst Engel [FDP])

– Das ist das, was Sie eben vorgetragen haben, nur nicht ganz so diplomatisch formuliert, wie Sie es getan haben. Ich finde das insofern okay, als es ehrlich ist. Die Beweggründe dafür, warum den Kommunen Finanzmittel gekürzt werden, sind ehrlich beschrieben.

Herr Lux, Sie haben sehr diplomatisch darauf hingewiesen, dass Sie Teile des GFG kritisch sehen. Das ehrt Sie auch. Die Stimmung in Ihrer Fraktion ist ja nicht so, wie der Ministerpräsident, der Finanzminister und der Innenminister uns heute Morgen weiß machen wollten,

(Zuruf von Rainer Lux [CDU])

dass nämlich sozusagen durch die Bank Einigkeit darüber herrscht, dass man durch einen Griff in die Kassen der Kommunen diesen Haushalt mit konsolidieren kann. So ist die Stimmung in Ihrer Fraktion nicht. Insofern ist das, was Sie eben beschrieben haben, schon ärgerlich, Herr Lux und Herr Engel.

Herr Wolf, lassen Sie mich noch einmal die unterschiedliche Wahrnehmung und Bewertung von Krediten und Kreditierungen aus der Vergangenheit auf den Punkt bringen. Ich will versuchen, es an einem Bild festzumachen.

Stellen Sie sich einfach einmal einen armen Bettler mit vielen hungrigen Kindern vor. Dem gibt der Innenminister 100 €. Unter Androhung körperlicher Gewalt zwingt er den Bettler dazu, 50 € gleich wieder herauszugeben. Im nächsten Jahr geht er wieder dorthin. Der Bettler ist immer noch arm, und die vielen Kinder sind noch hungriger. Er sagt dem Bettler: Letztes Jahr hast du 50 € von mir bekommen. Dieses Jahr bekommst du 51 €. Das ist ein Euro mehr als im letzten Jahr. Jetzt freue dich doch darüber!

Herr Wolf, genauso gehen Sie mit den Kommunen um. Sie haben im Jahr 2006 tief in deren Taschen gegriffen. Sie haben den Verbundbetrag marginal erhöht und sagen jetzt, weil die Kommunen mehr bekämen als im letzten Jahr, könnten sie sich an der Konsolidierung des Landeshaushalts beteiligen. Das ist die Logik der Landesregierung. Diese Logik ist falsch.

Ich sage es noch einmal. In diesem wunderbaren GFG, was uns seit zwei Tagen vorliegt, ist es nachzulesen: Die originäre Verbundmasse, also der Anteil der 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen an den Steuereinnahmen des Landes,

betrug 6,642 Milliarden €. Im Jahr 2007 beträgt die originäre Verbundmasse 6,591 Milliarden €. Herr Innenminister Wolf, das sind 51 Millionen € – mithin 0,8 % – weniger. Das ist die Wahrheit über die Finanzausstattung der Kommunen im Vergleich der Jahre 2006 und 2007.

Im Gegenzug dazu erklärt uns Herr Rüttgers heute Morgen: Wir tun für die Kommunen 820 Millionen mehr. – Diese Grammatik tut mir leid. Ich zitiere nur. Der Innenminister sagt: Wir tun 10,6 % mehr. – Der Finanzminister übt sich wenigstens in Bescheidenheit und spricht nur von einem Plus in Höhe 0,8 %. Aber selbst das ist noch falsch. Es ist also eine völlig andere Darstellung als die Realität.

Jetzt könnte man sagen, das sei eine Erfindung der Sozialdemokraten, oder die Sozialdemokraten seien Ihnen auf die Schliche gekommen. Nein, andere registrieren das auch. Das gilt vor allem für die Betroffenen.

Ich darf Ihnen aus der Presseerklärung des Landkreistages zitieren. Er war der sozialdemokratisch geführten Landesregierung in der Vergangenheit nicht immer wohl gesonnen. Es heißt dort: Der Vorstand des Landkreistages hat aus aktuellem Anlass an die Landesregierung appelliert, das Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 zu überarbeiten, weil – jetzt wörtlich –

„... den Kommunen darf nicht noch weniger Geld gegeben werden, als ihnen ohnehin zur Verfügung steht.“

Herr Innenminister Wolf – in Abwesenheit –, Herr Linssen, Herr Rüttgers, wenn Sie die Ehrlichkeit von Herrn Lux und Herrn Engel in der Darstellung der Taschenspielertricks besessen hätten, mit denen Sie den Kommunen in die Kassen gegriffen haben, dann hätten Sie wenigstens ein ehrliches Bild Ihrer Politik abgegeben. So tun Sie aber, als ob Sie die drei Könige seien und Myrrhe, Weihrauch und Gold brächten. Stattdessen greifen Sie dem armen Bettler mit seinen hungrigen Kindern tief in die Tasche. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Lux für die CDU-Fraktion.

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Jäger, zwei Dinge aus Ihrem letzten Beitrag muss ich richtigstellen, auch wenn es wahrscheinlich ver-

geblich sein wird. 2006 haben Sie den Kommunen fürchterlich in die Taschen gegriffen, denn Sie – auch Sie in Person – haben mit den vorangegangenen Haushaltsgesetzen beschlossen, dass die Kreditierungen im Haushalt 2006 zurückzuführen sind. Es sind Ihre Beschlüsse, die den Kommunen damals in die Tasche gegriffen haben. Das können Sie nachlesen. Gegen unsere Stimmen haben Sie persönlich das beschlossen. Deswegen sollten Sie hier nicht sagen, wir hätten den Kommunen in die Taschen gegriffen. Sie waren es!

(Beifall von der CDU)

Ich empfinde das als einen Akt des Heuchelns, wenn Sie heute sagen, wir hätten denen in die Taschen gegriffen. Das waren Sie selber.

Zweitens. Sie sollten nicht künstlich versuchen, einen großen Dissens zwischen Herrn Engel und mir auf der einen Seite und der Landesregierung auf der anderen Seite aufzubauen. Wir haben große Übereinstimmungen, was die Notwendigkeit angeht, diesen Haushalt zu konsolidieren. Auch wir – Herr Engel und ich – sind der Überzeugung wie unsere Fraktionen auch, dass es dazu auch einen kommunalen Beitrag geben muss. Das können Sie hier nicht aus der Welt schaffen. Nur wir – das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns – sind davon überzeugt, dass wir nicht wie in der Vergangenheit alles auf Kredit finanzieren können, sondern wir müssen im Interesse nachwachsender Generationen endlich zu einer Konsolidierung der Finanzen kommen.

Das Einzige, was bei uns diskutiert wird – ich hoffe, das wird auch bei Ihnen diskutiert; ich glaube, es ist ein Unterschied zur Vergangenheit, dass hier die Fraktionen aktiv mit der Landesregierung diskutieren –, ist, wie weit und in welcher Form der Konsolidierungsbeitrag der Kommunen gehen kann. Ich meine, es ist auch eine Aufgabe des Parlamentes, diese Diskussion zu führen. Ich bin davon überzeugt, dass wir am Ende dieser Diskussion eine breite Übereinstimmung zwischen den beiden Fraktionen und der Landesregierung haben werden und dass das eine bessere Lösung für die Kommunen ist, als wenn wir Ihre Politik fortgesetzt hätten.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Becker für die grüne Fraktion.

Horst Becker (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lux, ich finde, man kann an den Fakten nicht vorbeireden. Sie werfen hier Nebel-

kerze um Nebelkerze. Jetzt fangen Sie mit der Fragestellung an: Hat möglicherweise schon die alte Regierung vorgesehen, dass Kredite in 2006 zurückgezahlt werden müssen?

(Rainer Lux [CDU]: Das war beschlossen!)

– Entschuldigung, hören Sie doch einfach in Ruhe zu! – Das ist aber völlig unerheblich dafür, dass Sie es sich für 2007, nachdem die Kommunen keine Kredite mehr zurückzahlen müssen, als Erfolg Ihrer Landesregierung anrechnen, und nun den Kommunen sagen: Ihr müsst keine 680 Millionen € mehr zurückzahlen, weswegen wir euch ein Stück von dem wegnehmen, was euch bis jetzt zustand, nämlich euren Anteil an der Grunderwerbsteuer.

Sie rühmen sich hier, dass Sie Transparenz herstellen wollen. Dem widerspreche ich ausdrücklich, und ich will Ihnen auch belegen, warum. Wenn Sie aus dem Verbundsatz, den Sie auf dem Papier gegenüber dem Jahr 2006 scheinbar stabil halten, jede Menge ausklammern, also über andere Regelungen den Kommunen Geld wegnehmen, nämlich – das habe ich bereits vorhin gesagt – 96 Millionen € bei der Krankenhausfinanzierung, 18 Millionen € bei der Weiterbildung und, nebenbei gesagt, 2006 15 Millionen € auch bei der Stadtentwicklung, bei der Sie sich gerühmt haben, dass Sie die 1:1 aus den Zweckzuweisungen in die Fachtats übertragen würden – übrigens ist bis jetzt bezüglich der Stadtentwicklung überhaupt noch nichts bei den Bezirksregierungen angekommen, möglicherweise damit es nicht mehr verausgabt wird; ein Schuft, der Böses dabei denkt –, dann hat das mit Transparenz nichts zu tun. Das Gleiche gilt für die Kindergartenbeiträge. Sie kürzen die Zuschüsse des Landes mit der Folge, dass Sie es den Kommunen freistellen, die Beiträge zu erhöhen. Sie sind in dem, was Sie tun, das Gegenteil von transparent. Sie kürzen die ganze Zeit zulasten der Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Neben dem Landkreistag müssen Sie sich nun auch noch die heutige Presseerklärung des Städtetags anhören; der Kollege Jäger hat sie mir vorhin herübergereicht: Der Städtetag Nordrhein-Westfalen hat den Entwurf für den Landeshaushalt 2007 kritisiert.

„Es ist für die Städte nicht hinnehmbar, dass das Land den Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur Konsolidierung seines eigenen Haushaltes erneut erhebliche Lasten aufbürden will.“

sagte Stephan Articus heute in Köln.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hört, hört!)

Die Städte lehnten unter anderem die Herausnahme der Grunderwerbsteuer aus dem Steuerverbund – 170 Millionen – sowie die Erhöhung der Krankenhausinvestitionsumlage ab. Die Kommunen würden um 280 Millionen zusätzlich belastet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist das, was ich meine. Das ist nicht transparent. Das machen Sie hinten herum. Der Ministerpräsident, der Finanzminister und der Innenminister, der jedenfalls eines nicht ist, nämlich ein Kommunalminister, wollen jedoch die Öffentlichkeit für blöd verkaufen, indem sie sagen, die Kommunen haben 820 Millionen € mehr. Ich habe Ihnen vorhin nachgewiesen, der Kollege Jäger hat es Ihnen nachgewiesen, und Sie können es nicht widerlegen: Wenn Sie Ihre eigenen GFG-Zahlen daneben legen, dann sehen Sie, dass die keine 820 Millionen € mehr haben, sondern es ist so, wie wir das beschrieben haben.

Sie müssen sich an dieser Stelle eine Frage stellen lassen, nämlich ob Sie das, was Sie in der Opposition immer gesagt haben – Verlässlichkeit, Planbarkeit, keine Verbundsatzsenkungen –, heute, wo Sie in der Regierung sind, noch ernst meinen. Und wenn Sie das ernst meinen, dann müssen Sie sich die zweite Frage stellen lassen, nämlich warum Sie das zwar auf dem Papier weiter aufrechterhalten, aber hinter herum über andere Mechanismen den Kommunen Hunderte von Millionen 2006 und 2007 wegkürzen. Diese Fragen müssen Sie beantworten.

Das werden Sie auch Ihre eigenen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker fragen. Sie wissen ganz genau, dass Sie aus der Zwickmühle nicht herauskommen. Sie können vielleicht die Öffentlichkeit an der Stelle hinters Licht führen, aber Sie können nicht Ihre eigenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf Dauer hinters Licht führen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat Herr Abgeordneter Engel, FDP-Fraktion.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger und Herr Becker! Herr Jäger ist ein bisschen darauf eingegangen, was es heißt, Konsolidierung zu betreiben. Herr Becker, Sie lassen das völlig außen vor. Sie gehen darauf überhaupt nicht ein. Sie berichten aus Verbänden.

Ich richte von diesem Pult die Botschaft an die Spitzenverbände, ebenfalls aus ihren Gräben herauszukommen. Denn das, was sich hier abspielt,

ist nichts anderes als Ritus. Entscheidend ist für den Kämmerer vor Ort – das wissen Sie –, was er netto in der Tasche hat, was vor Ort ankommt. Und vor Ort kommt für das Jahr 2007 in allen Kommunen deutlich mehr an! Das ist Fakt. Das können Sie auch nicht wegre-den.

Jetzt sind wir bei der ganz schwierigen Operation – das wissen Sie selber; Sie waren ja jahrelang in der Regierung – der Konsolidierung. So etwas geht eben nicht nach dem Motto – ich habe es gesagt – „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass“. Das ist schmerzhaft. Das sage ich auch den Verbänden – ob es der Landkreistag oder der Städte-tag ist. Das ist alles gar kein Problem, Herr Becker. Die liegen alle noch in ihren Schützengräben. Das ist das Ritual, das dort geübt wird.

Entscheidend ist, dass vor Ort mehr ankommt. Entscheidend ist, dass diese Regierung das total im Blick hat und wirklich auch dem Anspruch gerecht wird. Dieser Innenminister und diese Landesregierung sind kommunalfreundlich; denn unser Interesse ist es, dass auch die Kommunen so schnell wie möglich erfolgreich in diesen Weg eintreten und selber konsolidieren können.

Mit jedem Tag, den wir weniger Zinsen und Zinssenzinsen zu den Banken tragen müssen, gewinnen wir ein Stückchen Handlungsspielraum zurück. Das ist natürlich noch ein langer Weg. Dieser Weg ist aber alternativlos.

Ich schließe damit, dass ich Sie einlade, einmal aus Ihren Schützengräben herauszukommen

(Horst Becker [GRÜNE]: Ich bin in keinem Schützengraben!)

und genau dort mitzumachen – auch, was den Einfluss und die Diskussion bei den Verbänden angeht. Alles andere hat keine Chance. Alles andere ist „Weiter so, weiter so; Schulden, Schulden, Schulden“. Das hat keine Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Nach einer langen Debatte kommen wir nun zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir ab über das **Haushaltsgesetz 2007 Drucksache 14/2300**, das **Haushaltsbegleitgesetz Drucksache 14/2303** und die **mittelfristige Finanzplanung Vorlage 14/572**. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung** der vorgenannten Haushaltsvorlagen an den **Haushalts- und Finanzaus-**

schuss – federführend – sowie die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig angenommen.

Zum Zweiten haben wir abzustimmen über das **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007 Drucksache 14/2302**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und mitberatend an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturenreform**. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können nun übergehen zum Tagesordnungspunkt

3 Fortführung des jährlichen Waldzustandsberichtes sichern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2411

Ich eröffne die Beratung. – Als erstem Redner gebe ich mit Ihrer Zustimmung meinem Kollegen Schriftführer, Herrn Abgeordneten Unruhe, für die SPD-Fraktion das Wort. Ich denke, dass wir fünf Minuten ohne zweiten Schriftführer auskommen. Herr Unruhe wird dann gleich wieder hier Platz nehmen. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Jürgen Unruhe (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Wald geht es nicht gut. Wer seinen Zustand untersucht, bekommt keine guten Ergebnisse zu sehen. Wer diese Ergebnisse vortragen muss, erntet keinen Applaus, sondern bekommt wahrscheinlich Kritik und Ärger. Das ist gar nicht angenehm. Daher kann der für das Ressort Forsten zuständige Minister schon einmal auf die Idee kommen, die jährliche Berichterstattung zu unterlassen – natürlich nicht einfach so; es muss eine smarte Begründung her: Bürokratieabbau ist gerade hip.

Wir wissen nicht genau, ob es so war. Es drängt sich aber schon der Eindruck auf, dass Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer sich von

solchen Motiven leiten ließ. Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 13. Juli 2006 will Herr Seehofer den jährlichen Waldzustandsbericht abschaffen und nur noch alle vier Jahre einen entsprechenden Bericht veröffentlichen.

Wir, die SPD-Landtagsfraktion, halten das für falsch. Seehofers Vorhaben wird der ernsten Lage des Waldes nicht gerecht. Dieser Plan wird dem Informationsbedürfnis der Menschen, die vom Wald und mit dem Wald leben wollen, nicht gerecht.

Besser ist es so: Sie untersuchen den wichtigen ökologischen Lebensraum und Wirtschaftsfaktor Wald in möglichst kurzen Abständen, um schnell auf Veränderungen reagieren zu können. Sie informieren die interessierte Bevölkerung gut und offen, um sie zu einem nachhaltigen Umgang zu ermuntern und dafür zu gewinnen.

Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass der Waldzustandsbericht auch weiterhin ein Mal pro Jahr erstellt und veröffentlicht wird. Vorsichtshalber fordern wir die Landesregierung auch auf, den jährlichen Bericht über den ökologischen Zustand des Waldes in NRW wie bisher weiterzuführen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir reden hier von keiner Kleinigkeit, von keiner Nebensächlichkeit. Wenn wir über den Wald diskutieren, sprechen wir von einem ökologischen System, dessen vielfältige Bedeutung kaum messbar ist. Der Wald ist unverzichtbare Lebensgrundlage für Flora und Fauna, für Pflanze, Tier und Mensch. Die Qualität von Boden, Wasser und Luft ist direkt von einem gesunden Wald abhängig.

Der Wald hat auch eine große ökonomische Bedeutung. Wir sitzen auf den Stühlen und an den Tischen und stehen an den Pulten, deren Rohstoff aus dem Wald stammt. Wir lesen aus den Zeitungen und aus den Briefen, deren Grundstoff Papier aus dem Wald stammt. Wir verpacken unsere wertvollen Güter sorgsam mit Material, das seinen Ursprung im Wald hat.

Der Wald sorgt direkt und indirekt für Arbeit – sei es im Forst selbst, in der Säge-, Holzwerkstoff- und Furnierindustrie oder in der Möbelindustrie. Dies hat auch die Clusterstudie „Forst & Holz“ deutlich gezeigt.

Immer wichtiger wird der Wald als Energielieferant. Angesichts der Unwägbarkeiten des Energieimports aus Krisengebieten sollten wir das

